

Kommunisten und das Europa der Monopole



Foto: Tom Brenner

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kandidiert zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019. Diese Bildungszeitung hat zum Ziel, Hintergrundwissen über die Geschichte und den Charakter der EU, über die Haltung der Kommunisten zur EU und den Unterschied zwischen rechter und linker EU-Kritik zu vermitteln.

Diese Bildungszeitung richtet sich in erster Linie an die Grundorganisationen der DKP. Indem sie Argumente entwickelt, soll diese Bildungszeitung dabei helfen, aktiv zu werden. Zugleich soll sie Anknüpfungspunkte dafür bieten, sich systematischer mit dem Programm der Kommunisten und ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung zu befassen.

Inhaltlich ist die Bildungszeitung in drei Abschnitte gegliedert:

1. Die EU als imperialistisches Instrument.

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit dem geschichtlichen Werdegang der EU bzw. ihrer Vorläufer. Er enthält einen geschichtlichen Rückblick auf die Europastrategien des deutschen Monopolkapitals bis 1945, eine Charakterisierung der

EU auf Basis der Leninschen Imperialismustheorie sowie einen aktuellen Beitrag zur Krise der EU.

2. Europa-Ideologien und Arbeiterbewegung.

Hier geht es um die Debatten in der revolutionären Arbeiterbewegung sowie das Verhältnis der kommunistischen Parteien zur EU. Neben der Darstellung der Positionen Lenins und Luxemburgs zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ werden die Positionen der westdeutschen Kommunisten sowie die Einschätzungen befreundeter Parteien in Europa dargestellt.

3. Rechte Parteien und Widerstand gegen die EU.

Dieser Abschnitt geht auf liberale Europa-Ideologien und die Pseudo-Kritik rechter Parteien an der EU ein. Außerdem gibt Robert Griffiths (Generalsekretär der KP Britanniens) in einem Interview Auskunft über die Klasseninteressen hinter den Kampagnen im Vorfeld des sog. Brexit-Referendums.

Jeder Abschnitt beleuchtet demnach einen besonderen Aspekt des Verhältnisses der Kommunistinnen und Kommunisten zur EU. Vorschläge für Diskussionsfragen zur Bearbeitung auf einem oder mehreren Bildungsabenden finden sich innerhalb der Abschnitte.

Inhalt	Seite
I. Die EU als imperialistisches Instrument	3
1. Europa-Strategien des deutschen Kapitals 1900-1945	3
2. Chronologie: Die Geschichte der Europäischen Union	4
3. Zum Charakter der Europäischen Union	5
4. Von der Weltwirtschafts- zur Eurokrise	7
II. Europa-Ideologien und Arbeiterbewegung	9
1. Die revolutionäre Arbeiterbewegung zu den „Vereinigten Staaten von Europa“	9
2. Die EU überwinden	10
3. Kommunistische Parteien zur Europäischen Union	12
III. Rechte Parteien und Widerstand gegen die EU	15
1. Liberale Europa-Ideologien: Rechtfertigungen imperialistischer Politik	15
2. Rechte Pseudo-Kritik an der EU	16
3. Die KP Britanniens zum Brexit-Referendum	17

Die UZ-Dokumentationen



84 Seiten, DIN A5



36 Seiten, DIN A5



84 Seiten, DIN A5



36 Seiten, DIN A5



64 Seiten, DIN A5



64 Seiten, DIN A5



64 Seiten, DIN A5

Jede Broschüre 3,- Euro
10 Broschüren 20,- Euro
Zu bestellen unter:
uzshop.de
info@unsere-zeit.de
Tel: 0201 17788923

■ I. Die EU als imperialistisches Instrument

Europa-Strategien des deutschen Kapitals 1900–1945

Der Quellenband des marxistischen Politikwissenschaftlers Reinhard Opitz in Auszügen

Mit dem Übergang Deutschlands in seine imperialistische Phase zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich das deutsche Monopolkapital in zwei miteinander konkurrierenden Interessensgruppen organisiert, die jeweils eigene Europa-Strategien verfolgten und Propaganda in diesem Sinne betrieben. Im „Mitteldeutschen Wirtschaftsverein“, gegründet 1904, hatte sich das „neuindustrielle Kapital der eng mit der Deutschen Bank und ihrem damaligen Chef Georg von Siemens verbundenen Chemie- und Elektrokonzerne“ zusammengeschlossen. In dem älteren, 1891 gegründeten „Alldeutschen Verband“, hatte sich vor allem das „schwerindustrielle Kapital“ formiert.¹

Es war eine Zeit, in der Deutschland von einer „Orkanflut von chauvinistischem Größenwahn“ und „Weltmachtgerede“ überschwemmt wurde. Die Berichte der Versammlungen obiger Interessensverbände geben Aufschluss über konkrete Ziele einflussreichster Kreise des Monopolkapitals, die auch die Konturen der Kriegszieleingaben deutscher Bankiers und Industrieller des deutschen Kaiserreichs im 1. Weltkrieg (1914–1918) bestimmten.

Besonders bemerkenswert sind ein Auszug aus dem Bericht über die „konstituierende Versammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins“ vom Januar 1904, gehalten vom Sozialistenfeind Prof. Julius Wolf, sowie ein Auszug aus dem Bericht über die „Erste Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins“ vom Mai 1907 mit einer Liste der Crème de la Crème von Industrie- und Finanzkapital und des Regierungsapparats.

Wolf zitierte in seinem Hauptreferat zustimmend Äußerungen des Bismarck-Sohnes, Fürst Herbert Bismarck, der sich zu den Zielen des „Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins“ folgendermaßen geäußert hatte: „Den Gedanken eines mitteleuropäischen Zollbundes – mitteleuropäische Zollallianzen sind gemeint – halte ich für so gesund, dass ich an seiner einstmaligen Realisierung nicht zweifle. Sollte ich mich darin täuschen, so sieht es mit der wirtschaftlichen Zukunft unseres alten Kontinents schlecht aus.“² Damit drückte Bismarck jun. die Position eines größer werdenden Teils der deutschen Großbourgeoisie aus, die sich diese strategische Option aus Sorge erschließen wollte, in der Konkurrenz vor allem mit den erstarkenden USA, dem britischen Empire und auch mit dem riesigen russischen Reich ins Hintertreffen zu geraten.

Heinrich Klaß, der Vorsitzende des zutiefst militaristischen, rassistischen und anti-sozialistischen alldeutschen Verbandes, gab nur wenige Wochen nach der deutschen Kriegserklärung am 1. August 1914 in einer Denkschrift die Kriegsziele der Schwerindustrie bekannt: „Mitteleuropa, d. h. das Gebiet, das jetzt sein Daseinsrecht im schwersten Kampfe durchsetzen muss, zusammen mit den Landesteilen, die das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn als Siegespreis gewinnen“, müsse „ein großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet“ bilden, dem sich weitere westeuropäische, skandinavische und süd- und süd-ost-europäische Staaten anschlie-

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit dem geschichtlichen Werdegang der EU bzw. ihrer Vorläufer. Er enthält einen geschichtlichen Rückblick auf die Europastrategien des deutschen Monopolkapitals bis 1945, eine Charakterisierung der EU auf Basis der Leninschen Imperialismustheorie sowie einen aktuellen Beitrag zur Krise der EU.

Arbeitsfragen:

1. Die Europastrategien innerhalb des deutschen Monopolkapitals haben ohne Zweifel Einfluss auf die Bestimmung der Kriegsziele des deutschen Imperialismus in beiden Weltkriegen genommen. Benennt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den damaligen und heutigen Europastrategien des Monopolkapitals.
2. Trotz aller Beschwörung der europäischen Integration sind dieser Grenzen gesetzt. Woran liegt das? Welche Rolle spielt dabei die Verflechtung von Monopolkapital und Staat, welche Rolle spielt die Dialektik von Kooperation und Konkurrenz?
3. Erklärt den Satz: Der freie Kapitalverkehr ist das wahre Grundgesetz der Europäischen Union. Inwiefern trägt der freie Kapitalverkehr zur ungleichmäßigen Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten bei? Welche Rolle spielt der Euro?

ben würden.³ Das formulierte Kriegsziel bestand also in der Schaffung eines von Deutschland dominierten mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes.

Ganz in dieser Tradition stand der Versuch des deutschen Faschismus nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad im Winter 1942/43 und der damit einhergehenden Anpassung der deutschen Kriegsziele. Am 5. April 1943 erließ der damalige Nazi-Außenminister Ribbentrop die „Verfügung über die Bildung eines Europa-Ausschusses im Auswärtigen Amt nebst Richtlinien für dessen Arbeit“.⁴ In den offiziellen Richtlinien für die Arbeit des Europa-Ausschusses, dessen Leitung Ribbentrop sich selbst vorbehalten hatte, hieß es unter Punkt 1: „Es ist davon auszugehen, dass in Zukunft zwischen dem Großdeutschen Reich und den einzelnen europäischen Ländern Bindungen teils engerer teils loserer Art herzustellen sein werden [...]. Für jedes einzelne Land und Volk wird hier zu gegebener Zeit eine besondere Entscheidung zu treffen sein. Feststehend ist jedoch schon heute, dass das künftige Europa nur bei einer voll durchgesetzten Vormachtstellung des Großdeutschen Reiches Bestand haben kann. Die Sicherung dieser Vormachtstellung ist demnach als der Kern der künftigen Neuordnung anzusehen.“

Die Nazi-Führung bemühte sich in der anbrechenden Endphase ihrer Hegemonie über den größten Teil Europas um eine flexible Taktik. Den verschiedenen europäischen Staaten sollte das Gefühl von eigener Souveränität belassen bleiben. Es sollte ein „Europäischer Staatenbund“ entstehen mit dem Recht jedes seiner „Gliedstaaten“, „sein nationales Leben nach eigenem Ermessen, jedoch unter der Beachtung der Verpflichtungen gegenüber der europäischen Gemeinschaft zu gestalten“.⁵

Wenige Monate danach legte Ribbentrop den „Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines Europäischen Staatenbundes“ vor. Die darin gleich zu Beginn beschworene „Notwendigkeit einer Einigung Europas“ klingt sehr modern, wenig nationalistisch, nüchtern und nahezu ideologiefrei:

„Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte seit längerem abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung. Die ungeahnten Fortschritte der Technik [...] nötigen Europa zum engeren Zusammenschluss. Europa ist zu klein geworden für sich befehlende und sich gegenseitig absperrende Souveränitäten. Ein in sich zerspaltenes Europa ist auch zu schwach, um sich in der Welt seine Eigenart und Eigenkraft zu behaupten und sich den Frieden zu erhalten.“⁶ Der geplante föderativ aufgebaute „Europäische Staatenbund“ sollte aber eine klare Ausrichtung gegen die westlichen Kriegsgegner der beiden „Achsenmächte“ – Deutschland und Italien – haben, aber zugleich auch strikt antibolschewistisch ausgerichtet sein. Nazi-Deutschland knüpfte damit nahtlos an die schon viel älteren Europa-Konzeptionen des deutschen Imperialismus von Anfang des 20. Jahrhunderts an.

Chronologie: Die Geschichte der Europäischen Union

- 1950: Der französische Außenminister Robert Schuman hat den Plan, die Kohle- und Stahlindustrien Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinen.
- 18. April 1951: Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien und die Niederlande unterzeichnen in Paris den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion).
- 25. März 1957: Die sechs Länder unterzeichnen die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit dem Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes. Parallel dazu wird die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet.
- 1. Januar 1959: Beginn des schrittweisen Abbaus der Zölle innerhalb der EWG.
- 1. Juli 1967: Montanunion, Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom werden zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengeführt.
- 1. Juli 1968: Die Zollunion tritt in Kraft. Die Zölle im Handel innerhalb der EWG werden aufgehoben. Im Handel mit Drittländern gilt nun der gemeinsame Zolltarif.
- 1./2. Dezember 1969: Beschluss zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion.
- 24. April 1972: Mit der „Währungsschlange“ werden die Wechselkursschwankungen begrenzt. Ein erster Schritt hin zur gemeinsamen Währung.

- 1. Januar 1973: Großbritannien, Dänemark und Irland treten der EG bei. Norwegen entscheidet sich in einer Volksabstimmung dagegen.
- 5. Dezember 1978: Das Europäische Währungssystem (EWS) wird beschlossen.
- 1. Januar 1981: Griechenland wird zehntes EG-Mitglied.
- 1. Januar 1986: Spanien und Portugal werden aufgenommen.
- 20. Juni 1990: Beginn der Verhandlungen zwischen EWG und EFTA (European Free Trade Association – Europäische Freihandelsassoziation) über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums.
- 1. Juli 1990: Beginn der ersten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- 3. Oktober 1990: Das Gebiet der DDR gehört mit dem Anschluss der DDR an die BRD zur EG.
- 7. Februar 1992: In Maastricht wird der Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnet. Die Europäische Gemeinschaft wird in Europäische Union (EU) umbenannt.
- 1. Januar 1995: Österreich, Finnland und Schweden treten der Europäischen Union bei. Norwegen stimmt erneut gegen einen Beitritt.
- 26. März 1995: Das Schengener Abkommen tritt in Kraft. In den EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien und Irland fallen die Grenzkontrollen weg.
- 2. Juni 1998: Die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt ihre Arbeit auf.
- 1. Januar 1999: Der Euro wird als offizielle Währung für den bargeldlosen Handel an den Börsen eingeführt.
- 1. Januar 2002: Der Euro wird als Bargeld in elf EU-Staaten eingeführt. Griechenland stößt ein Jahr später hinzu.
- 1. Mai 2004: Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern treten bei. Die EU hat damit 25 Mitglieder.
- 29. Oktober 2004: Die Staats- und Regierungschefs unterzeichnen in Rom den Entwurf einer europäischen Verfassung.
- Mai/Juni 2005: Franzosen und Niederländer lehnen die Verfassung in Referenden ab, die deshalb nicht zustande kommt.
- 1. Januar 2007: Rumänien und Bulgarien treten bei, die Zahl der Mitgliedstaaten steigt auf 27.
- 13. Dezember 2007: Der Vertrag von Lissabon wird unterzeichnet. Es dauerte fast zwei Jahre, bis er in Kraft trat.
- 1. Juli 2013: Kroatien tritt bei, die Zahl der Mitgliedsstaaten steigt auf 28.

Zum Charakter der Europäischen Union

Wie ihre Vorläufer EWG und EG (siehe Chronologie) war die EU von Anfang an ein imperialistisches Bündnis. Sie wurde im Kalten Krieg gegründet auf Betreiben des US-Imperialismus und im Interesse der herrschenden Klassen in den Kernländern des kapitalistischen Europa. Trotz konkurrierender Interessen untereinander waren sich die imperialistischen Mächte vor allem einig in der Schaffung eines Bollwerks gegen den Sozialismus. Die ehemaligen Westalliierten verfolgten zugleich das Ziel, den geschwächten deutschen Imperialismus in das neugegründete antisozialistische Bündnis einzubinden und so zu zähmen. Auf der anderen Seite standen und stehen die EU und ihre Vorläufer in der Tradition des Strebens des deutschen Monopolkapitals nach einer Kontrolle über den großeuropäischen Wirtschaftsraum. Diese EU ist inzwischen mehr als ein einfaches Freihandelsabkommen zwischen Staaten, wie zum Beispiel das North American Free Trade Agreement (NAFTA). Die EU-Kommission, der EU-Gerichtshof und seit 1999 die Europäische Zentralbank sind die übergreifenden Institutionen, in denen sich die Interessen der Spitzen der Einzelstaaten und der Lobby des Monopolkapitals Hintergrundgefechte über ihre jeweilige Interessenpolitik liefern. Das EU-Parlament, die einzige vom Volk gewählte Institution in der EU, hat deutlich weniger Rechte als die Parlamente der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Regierungen der Nationalstaaten im Europäischen Rat verbleiben die höchste Instanz der EU. Das wird sich auch künftig nicht ändern, und zwar aus prinzipiellen Gründen. Denn da die Europäische Union ein Zusammenschluss imperialistischer Staaten ist, sind ihrer In-

tegration Grenzen gesetzt. „So ist der Kernbereich nationaler Souveränität, die Außen- und Sicherheitspolitik, den Mitgliedsländern weitgehend erhalten geblieben. Auch in der Innen- und Rechtspolitik, in der Steuer- sowie in der Finanz- und Haushaltspolitik konnten sie sich weitgehend behaupten. Überall hier stößt die Integration an Grenzen, da die Mitgliedsländer aufgrund der zwischen ihnen weiter bestehenden Konkurrenz auf diese zentralen Bereiche der Eigenstaatlichkeit nicht verzichten können. Im Unterschied zum Zeitalter der Herausbildung der modernen europäischen Nationen entsteht mit der EU kein neuer Staat.“⁷

Das entspricht auch der Struktur des Monopolkapitals, genauer: den Verflechtungen zwischen den Monopolkapitalien der jeweiligen EU-Staaten. Zwar haben in den vergangenen Jahren Konzentrations- und Zentralisationsprozesse weiter zugenommen, die vor allem von Konzernen aus den EU-Kernländern getragen wurden: Deutschland, Großbritannien, Frankreich.⁸ Sie verfügen durch den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt über eine Heimatbasis als Ausgangspunkt für den Kampf um Märkte und Einflussphären auf dem Weltmarkt.⁹ Diese gewachsene Kapitalkonzentration und -verflechtung führt jedoch nicht zur Herausbildung einer europäischen Bourgeoisie oder gar zur Aufhebung der Konkurrenz der Staaten untereinander. So ist das deutsche Monopolkapital – also die monopolistisch strukturierte Industrie, der Handel und die Banken – vor allem mit ihrem deutschen Staat „bestens verdrahtet“.¹⁰ Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die anderen EU-Staaten: Nationale Staatsinterventionen wie Steuermaßnahmen, Subventionen, finanzielle Beihilfen und die Außenhandelsförderung bilden in allen Ländern der EU „das Rückgrat der Konzerne“, auch wenn sie in Frankreich, Deutschland, Großbritannien oder Italien jeweils unterschiedlich ausgeprägt sind.¹¹

Die Europäische Union ist also als Bündnis imperialistischer Staaten zugleich auch Austragungsort des Kampfes zwischen diesen Staaten, in anderen Worten: ihre Entwicklung wird durch die Dialektik von Konkurrenz und Kooperation bestimmt.

Das entspricht den zentralen Aussagen von Lenins Imperialismustheorie. Lenin schrieb 1915 in Erwiderung auf die Idee einer dauerhaft stabilen Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen Staaten: „Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen. Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben.“¹² Dauerhaft friedliche Bündnisse zwischen den imperialistischen Staaten sind demnach nicht möglich, wenngleich die Form, in der der Gegensatz von Kooperation und Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten ausgetragen wird, geschichtlichen Veränderungen unterworfen ist.

Folglich war die bisherige Geschichte der EU immer auch die Geschichte des Ringens zwischen Rivalen, im Besonderen zwischen Deutschland und Frankreich um den entscheidenden Einfluss in der EU, wobei sich Phasen der engeren Kooperation mit denen der offeneren Konkurrenz ablösten. Insbesondere galt: „In Krisenzeiten schwächt sich die innereuropäische Kooperation ab, und es verstärkt sich die Konkurrenz.“¹³

Sichtbar wird diese Dialektik auch in den jüngeren Entwicklungen in der EU. Seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2007, die sich in Europa zu einer Euro- und Staatsschuldenkrise fortsetzte, trat der Aspekt der Konkurrenz zwischen den EU-Kernländern wieder stärker ans Tageslicht. Unvergessen ist die Rede des damaligen CDU/CSU-Fraktionschefs Kauder während des Höhepunktes der Euro-Krise 2011: „Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen!“ Dieses neue Selbstbewusstsein des Berliner Polit-Personals spiegelt wider, dass das EU-Krisenjahr 2010 eine strukturelle Frage in der EU geklärt hat: Deutschland nimmt als größte Volkswirtschaft endgültig die zentrale Rolle in der EU ein. Frankreich kommt dabei die Rolle eines Juniorpartners zu, „der durchaus die Initiative in einer Regierung übernehmen, aber im Konfliktfall von der Kanzlerin immer wieder gebremst werden kann“, wie die Zeitschrift *Internationale Politik* (IP) der regierungsnahen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik im Jahr 2011 feststellte.¹⁴

Von der Weltwirtschafts- zur Eurokrise

Eine kurze Einführung

Die Finanzkrise von 2007 und die darauffolgende, bis heute dauernde weltweite Wirtschaftskrise hat die EU in den Grundfesten erschüttert. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beginnt mittlerweile jede größere Rede oder Pressekonferenz mit dieser Feststellung, und selbst mit Blick auf das Parteiensystem in der BRD werden die fortwährenden Krisenfolgen inzwischen als Ursache für die politischen Krisen von SPD und CDU diskutiert. So gab ausgerechnet Peer Steinbrück (SPD), zum damaligen Zeitpunkt Finanzminister in einer Koalition aus SPD und CDU, am 31. Oktober 2018 der Süddeutschen Zeitung zu Protokoll: „Ich glaube, dass die Finanzkrise am Anfang einer Entwicklung steht, in der Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit und einen regelgebundenen Kapitalismus verloren gegangen ist. Das ist maßgeblich zu Lasten der großen Parteien gegangen.“

Die Weltwirtschaftskrise trägt inzwischen chronischen Charakter. „Vom Typ her handelt es sich auch bei dieser großen Weltwirtschaftskrise um eine normale Überproduktionskrise, wie sie für den Kapitalismus typisch ist. Nur ist sie deutlich radikaler als die gemeine konjunkturelle Überproduktionskrise, die auch Konjunkturzyklus genannt wird und an die wir uns als zwangsläufige, wiederkehrende Erscheinung schon einigermaßen gewöhnt hatten.“ Ihre Radikalität und Schärfe sei mit Recht mit der „Großen Krise“ von 1929 und der von Mitte der 70er Jahre verglichen worden. „Die aktuelle Krise dürfte in diesem Sinne eine Umbruchkrise in der Weltwirtschaft bedeuten.“¹⁵

Die Krise der EU ist Teil der Weltwirtschaftskrise. Die 2007 einsetzende große Krise hat in den Peripheriestaaten der EU zu Staatsschuldenkrisen geführt, aus denen wiederum die Eurokrise hervorging.

Denn die EU sei ökonomisch und politisch eine Fehlkonstruktion, das heißt, sie kann so, wie sie gebaut ist, nicht auf Dauer überleben, schätzte Lucas Zeise in seinem Referat auf der DKP Parteivorstandstagung im Januar 2017 ein. „Ökonomisch bedürfte die Schaffung eines komplett freien Marktes und eines komplett freien (deregulierten) Kapitalmarktes im Rahmen einer Währungsunion einer Einhegung durch einen gemeinsamen Staat, mindestens aber eines gemeinsamen Steuersystems. Stattdessen wurde ein Gebilde geschaffen, in dem die existierenden Nationalstaaten in einen Wettbewerb um die Gunst des Kapitals gezwungen wurden. Die Krise der EU und besonders der Eurozone wurde damit programmiert, weil Kapital frei in diejenigen Länder strömt, die hohe Profitmöglichkeiten bieten und – in der Krise – den sichersten Platz vor Totalverlust. Das Gesetz der freien Konkurrenz (die Starken werden stärker, die Schwachen schwächer und scheiden am Ende aus) setzt sich so ungehemmt von Zoll-, Regulierungs- und Währungsgrenzen durch.“

Der freie Kapitalverkehr ist das wahre Grundgesetz der Europäischen Union. Die Freiheit, Kapital nicht nur einzusetzen, durch den Einsatz von Arbeitskraft zu vermehren und zu akkumulieren, sondern es auch beliebig zu transferieren, es auf die Reise in gewinnträchtige Regionen der Welt zu schicken, es nach Belieben unbotmäßigen oder auch nur steuerlich ungünstigen Regionen zu entziehen und es auf die Flucht vor Abwesenheit von Profit zu schicken: Dieses hehre Freiheitsprinzip steht – neben der Freiheit des Waren- und Personenverkehrs – als wichtigstes Grundrecht in der Charta der EU, dem unter großer Mühe den Völkern Europas abgerungenen und im Dezember 2007 verabschiedeten Lissabon-Vertrag. Die EU ist das einzige einem Staate ähnliche Gebilde, in dem die Kapitalverkehrsfreiheit einen rechtlich so hohen Status genießt.

Politisch entspricht dem die Herrschaftskonstruktion der EU, wo die Regierungen der Nationalstaaten als Europäischer Rat die höchste Instanz sind [...]. In der Krise haben die stärksten Staaten der EU, insbesondere Deutschland, die Institutionen fast nach Belieben umgestaltet und fortentwickelt, um die schwächeren der Peripherie zu knebeln und ihre Schulden gegenüber dem Finanzkapital einzutreiben [...].

Wenn man den Euro als Tauschgeschäft zwischen den Kapitalisten des Nordens in Europa (Deutschland, Benelux, Österreich, Finnland) und denen des Südens (Italien, Spanien, Portu-

gal, Griechenland) begreift, wonach erstere einen hindernisfreien Absatz- und Binnenmarkt erhalten, letztere aber eine Weltwährung mit vorzüglichen Kreditkonditionen, so hat dieser Deal zehn Jahre lang vorzüglich geklappt. 2010 ist er in der Staatsschuldenkrise mit lautem Getöse geplatzt. (Frankreich ist bei diesem Deal in der Mitte und profitierte in beiderlei Hinsicht, wenn auch nicht in so starkem Maß wie die anderen Parteien.)

Die Südländer sind seit 2010 mit dem Euro schlechter dran als zuvor. Sie haben keine Möglichkeit mehr, ihre heimischen Märkte gegen die überlegene Konkurrenz aus dem Norden (besonders Deutschlands) mit Abwertung abzuschotten. Weil Deutschland die Regeln des Finanzmarktes auch im Binnenschuldenverhältnis zwischen den Euroländern im Vertrag von Maastricht (vor 25 Jahren) eingebaut hatte, war die Zeit der niedrigen Zinsen schlagartig vorbei. Im Gegenteil: besonders Griechenland, aber auch die anderen Südländer waren mit massiver Kapitalflucht konfrontiert. Für die Kapitalisten der Euro-Südländer ist die Lage im Euro schlimmer, als sie außerhalb wäre [...]. Die Frage ist eigentlich, warum die Monopolbourgeoisien Portugals, Spaniens, Italiens und Griechenlands nicht die Konsequenzen ziehen und – ähnlich wie die Briten – aus dem Euro und der EU austreten. Es ist ja verblüffend, dass die politischen Parteien dieser Länder (einschließlich der Oppositionsparteien) in der übergroßen Mehrheit immer noch auf pro-EU-Kurs verharren. Das betrifft in Griechenland Syriza, in Spanien Podemos und sogar die Fünf-Sterne-Bewegung, die Italien zwar aus dem Euro, aber nicht aus der EU führen will. Es gibt wohl zwei Gründe für diese Haltung. Zum einen ist die Monopolbourgeoisie dieser Länder sehr stark in die Strategien der US- und anderen EU-Monopole eingebunden [...]. Der zweite Grund besteht in der realistischen Erwartung, dass ein Konfliktkurs mit der großen Konkurrenz mit hohen Risiken verbunden wäre. Die Einführung einer eigenen Währung würde einen radikalen Bruch der bisherigen Wirtschaftspolitik bedeuten [...]“.¹⁶ Diese Regierungen dieser Länder fürchten somit, nicht ganz zu Unrecht, dass ein Austritt, noch schlimmer, ein konfliktreicher Rauschmiss aus dem Euro das betroffene Land in eine schwere Wirtschaftskrise stürzen würde.

Anmerkungen

- 1 Reinhard Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals, 1900-1945, S. 30
- 2 Opitz, a.a.O., S. 151
- 3 R. Opitz, a.a.O., S.261
- 4 Vgl. R. Opitz, a.a.O., S. 954 ff.
- 5 R. Opitz, a.a.O., S. 960
- 6 Vgl. R. Opitz, a.a.O., S. 957 ff.
- 7 G. Binus / B. Landefeld / A. Wehr: Staatsmonopolistischer Kapitalismus; Köln 2014, S. 89 f.
- 8 vgl. Gretchen Binus: Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, 2010, S.24
- 9 vgl. G. Binus, a.a.O., S. 21
- 10 Beate Landefeld: Europäisiert sich die Bourgeoisie, in: Marxistische Blätter, 2010-1
- 11 vgl. Gretchen Binus: Konzernmacht in der Europäischen Union, 2006
- 12 W.I. Lenin Werke, Band 22, S. 300
- 13 Andreas Wehr: Die Europäische Union. S. 118
- 14 Andreas Rinke: Die EU-Kanzlerin. Internationale Politik, Januar 2011
- 15 Lucas Zeise: Euroland wird abgebrannt, Köln 2012, S. 14 f.
- 16 Lucas Zeise: Referat auf der DKP Parteivorstands-Tagung im Januar 2017

II. Europa-Ideologien und Arbeiterbewegung

Die revolutionäre Arbeiterbewegung zu den „Vereinigten Staaten von Europa“

Lenins und Luxemburgs Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus in der Europa-Frage

Rosa Luxemburg und W.I. Lenin galten bereits zu ihren Lebzeiten als scharfe Kritiker des Sozialreformismus und des Opportunismus in der revolutionären Arbeiterbewegung. Ihre ideologischen und politischen Auseinandersetzungen mit Theoretikern wie Eduard Bernstein und Karl Kautsky waren integrale Bestandteile ihres Kampfes gegen den Einfluss bürgerlicher Ideologien auf die Arbeiterklasse. So schrieb Lenin im Jahr 1913, der innerlich verfaulende Liberalismus versuche, „sich als sozialistischer Opportunismus neu zu beleben“.¹

Und so trat auch die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“, mit der die „Raubtiereinflüsse“ des Kapitalismus gezähmt und „befriedet“ werden sollten, zu Anfang des 20. Jahrhunderts im sozialdemokratischen Gewand auf. Der als „links“ geltende SPD-Reichstagsabgeordnete G. Ledebour sagte in seiner Etatrede im Deutschen Reichstag am 3. April 1911: „Wir suchen innerhalb des Kapitalismus diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Beseitigung der Raubtiereinflüsse hinzielen. Wir wollen eben jetzt schon alle die wirtschaftlichen Forderungen, die der Kapitalismus selber in der Richtung auf den Frieden herausarbeitet [...]. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, dass sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“²

In der Neuen Zeit vom 28. April 1911 verbreitete K. Kautsky, der damals wichtigste SPD-Theoretiker, ähnliche Wünsche zur ewigen Bannung des „Gespensts des Krieges“: „Dafür gibt es heute nur einen Weg: die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer – die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa. Gelänge dies, so wäre Ungeheures erreicht. Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Übermacht, dass sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschließen, dazu zwingen könnten, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben. Damit hörte aber auch für die neuen Vereinigten Staaten selbst jede Notwendigkeit einer Bewaffnung auf. Sie könnten nun nicht bloß auf alle weiteren Rüstungen, auf das stehende Heer, auf die Angriffswaffen zur See verzichten, deren Aufgeben wir heute schon fordern, sondern auch auf jegliches Mittel der

In diesem Abschnitt werden die Debatten in der revolutionären Arbeiterbewegung sowie das Verhältnis der Kommunistischen Parteien zur EU und ihren Vorläufern dargestellt. Neben der Darstellung der Positionen Lenins und Luxemburgs zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ werden die Positionen der westdeutschen Kommunisten und sowie die heutigen Einschätzungen befreundeter Parteien in Europa dargestellt.

Arbeitsfragen:

1. Beschreibt historische Positionen und ihre Vertreter und ihre Haltung zu der Losung der Vereinigten Staaten von Europa, sowohl Befürworter als auch Gegner.
2. Ein tragendes Argument für die EU ist, dass sie den Frieden sichern würde. Widerlegt die Friedensfähigkeit der Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Bedingungen.
3. Wie beurteilen die KPD und später die DKP die Rolle des deutschen Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg? Warum schätzen wir Kommunisten die EU als ein Projekt des Monopolkapitals ein?
4. Benennt Eckpunkte des Verhältnisses USA und EU, vor allem: kann die EU ein friedlicher Gegenpol zum US-Imperialismus werden?
5. Deutschland ist und war oft Exportweltmeister. Ganz Deutschland? Nein, es gibt diejenigen, die die Zeche bezahlen, und es gibt Profiteure. Erkläre die Wirkung der „Exportwalze“.
6. Die Kommunistischen Parteien europäischer Länder haben unterschiedliche Werdegänge, nationale Besonderheiten und Ausgangslagen. Vergleiche den Widerstand in der Bevölkerung und die Strategien der Parteien, die besonders unter der Staatsschuldenkrise und dem Sparakt der EU leiden. Gibt es da Gemeinsamkeiten?

Verteidigung, auf das Milizsystem selbst. Damit wäre die Ära des ewigen Friedens sicher begründet.“³

Diese reformistischen Europa-Positionen trafen auf massiven Widerspruch: in der SPD. Rosa Luxemburg geißelte die Gedanken Kautskys als „sozialdemokratisch“ und wies auf den eigentlichen Klassencharakter dieser Forderungen hin: „Nicht von sozialdemokratischen Parteien, sondern von bürgerlicher Seite ist bis jetzt von Zeit zu Zeit die Idee eines europäischen Zusammenschlusses aufgeworfen worden. Dies geschah aber jedes Mal mit deutlicher reaktionärer Tendenz. Es war z. B. der bekannte Sozialistenfeind Prof. Julius Wolf, der die europäische Wirtschaftsgemeinschaft propagierte.“⁴ Sie bedeutete aber nichts anderes als eine Zollgemeinschaft zum handelspolitischen Kriege gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und ist auch so von sozialdemokratischer Seite aufgenommen und kritisiert worden. Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die ‚gelbe Gefahr‘, gegen den ‚schwarzen Weltteil‘, gegen die ‚minderwertigen Rassen‘, kurz, es war stets eine imperialistische Missgeburt.“⁵

Ähnlich wie Rosa Luxemburg wandte sich Lenin im August 1915 gegen die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ Seine Gegenargumente richten sich dabei gegen zwei wichtige Aspekte dieser Losung. Erstens muss unter den gegebenen Bedingungen nach dem wirklichen Charakter eines solchen Zusammenschlusses gefragt werden. „Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfäule befallene Europa.“⁶ Zweitens argumentiert Lenin mit dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der Länder im Kapitalismus. Damals war es in der russischen Sozialdemokratie die Gruppierung um Leo Trotzki, die mit der Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“ eine angebliche Alternative zum Gemetzel des 1. Weltkrieges propagierte. Noch im Jahr 1923 griff Trotzki die Parole in einem Prawda-Artikel erneut auf, um darin die Entwicklung der Produktivkräfte zu betonen, die „über den Rahmen der europäischen Nationalstaaten hinausgewachsen“ seien und die die Grundlage für das enge wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas seien.⁷ Lenin hielt diesem Argument jedoch bereits 1915 in seinem Grundsatzartikel entgegen, dass ein „gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten“ unter kapitalistischen Verhältnissen „unmöglich“ sei. Hieraus folge, dass „der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist“. Wenn überhaupt, so könne ein geeintes Europa nur mit der revolutionären Perspektive des Sozialismus und des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden.⁸

Die EU überwinden

Die Positionen der westdeutschen Kommunisten im Wortlaut

„Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“ Das hatten im Mai 1945 die Überlebenden von Buchenwald geschworen. Den Kommunisten war schnell klar, dass die Formierung der Europäischen Gemeinschaft, an der schon bald gearbeitet wurde, dem Gegenteil diene. Die sogenannte „europäische Integration“ sollte zuallererst als Bollwerk gegen den Sozialismus und Steigbügelhalter für das Monopolkapital fungieren. Später standen der Ausbau und die Sicherung der Expansions- und Profitinteressen des BRD-Imperialismus auf der Tagesordnung.

Die im August 1956 verbotene KPD stellte ein Jahr später auf ihrem ersten Parteitag in der Illegalität fest: „Die deutschen Imperialisten versuchen ihre Neuauflage der hitlerischen Pläne einer ‚Neuordnung Europas‘, das heißt ihren Drang nach wirtschaftlicher, politischer und militärischer Vorherrschaft in Westeuropa, als ‚Politik der europäischen Gemeinschaft‘ zu tarnen. Die Tatsachen aber beweisen: solche überstaatlichen Vereinbarungen und Kartelle der Imperialisten wie die Montanunion, die Europäische Zahlungsunion, die Euratom-Gemeinschaft und der gemeinsame Markt stehen in schärfstem Gegensatz zu dem Verlangen der Völker nach internationaler Annäherung und friedlicher Zusammenarbeit.“

Auch die DKP hat seit ihrer Neukonstituierung 1968 als legale Partei eine klare Position zu den verschiedenen Etappen der sogenannten Europäischen Einigung vertreten. In den Thesen des Düsseldorfer Parteitags von 1971 hieß es dazu: „Der westdeutsche Imperialismus drängt auf die Herstellung eines monopolkapitalistisch beherrschten, einheitlichen Westeuropa. Er verfolgt damit die Absicht, seine Pläne nach Vorherrschaft in diesem Teil unseres Kontinents weiter voranzutreiben und die westeuropäischen Länder für seine eigenen antisozialistischen Ziele einzuspannen.“

In ihrem Parteiprogramm von 1978 befasst sich die DKP unter anderem mit den wachsenden innerimperialistischen Widersprüchen: „Das Bestreben des Monopolkapitals der Bundesrepublik, seine Macht auszudehnen und die Vorherrschaft in Westeuropa zu erringen, stößt jedoch bei den Völkern auf heftigen Widerstand. Es gerät zudem in Konflikt mit den Profit- und Machtinteressen der imperialistischen Konkurrenten. Vor allem aufgrund der Verschärfung und zunehmenden Internationalisierung der kapitalistischen Krise gewinnen die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und multinationalen Konzernen – trotz der Integration im Rahmen solcher Staatengruppen umfassenden Organisationen wie der ‚Europäischen Gemeinschaft‘ – an Schärfe.“

Nach der Konterrevolution in den Ländern des realen Sozialismus in der UdSSR und Osteuropa formulierte die DKP 1993 in ihren „Thesen zur programmatischen Orientierung“: „Drei imperialistische Machtzentren haben sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts herausgebildet: Die USA, Japan und Westeuropa mit Deutschland als Führungsmacht.“ Der deutsche Imperialismus, der in dem Dokument als Hauptgegner der deutschen Arbeiterklasse beschrieben wird, strebe eine umfassende ökonomische, politische und militärische Stärkung an, um eine Führungsrolle auch in Westeuropa und darüber hinaus in weiten Teilen der Erde spielen zu können. „Sein Expansionsdrang richtet sich gegen die ehemals sozialistischen Länder, gegen seine Konkurrenten in Europa und gegen die imperialistischen Zentren Japan und USA. Er konkretisiert sich in seinem Streben, die europäische Gemeinschaft zur politischen Union Europas unter seiner Führung zu formieren.“

2004 gründete sich mit der Europäischen Linkspartei (ELP) eine Partei kommunistischer und sozialistischer Parteien im Rahmen der EU-Institutionen. Eine führende Rolle in der EU-Partei spielte neben der Französischen Kommunistischen Partei die deutsche PDS (ab 2008 Die Linke). Heute ist Gregor Gysi Präsident der ELP, die mehrheitlich Illusionen hinsichtlich der Reformierbarkeit der EU in ein friedliches und soziales Europa hat. Gysi selbst hat sich in der Vergangenheit, ebenso wie seine Vorgänger im Amt des ELP-Vorsitzenden, als Befürworter der europäischen Integration positioniert: „Für uns linke Internationalisten gibt es kein Zurück zum früheren Nationalstaat. Wir müssen Befürworter der europäischen Integration sein.“⁹

Die DKP stellte 2004 einen Antrag auf beobachtende Mitgliedschaft in der ELP, dem 2005 stattgegeben wurde. Ein Schritt, der in der Partei fortan umstritten war und 2016 auf dem 21. Parteitag der DKP rückgängig gemacht wurde. Im Parteiprogramm von 2006 spiegelt sich diese Auseinandersetzung wieder. Darin heißt es: „Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen. Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundle-

genden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden. Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern. Dazu muss die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden.“

Auf dem 21. Parteitag der DKP 2016 stellte der Vorsitzende der DKP, Patrik Köbele, dazu fest: „Für den Fortschritt der Völker wird diese EU überwunden werden müssen. Darunter ist das nicht zu haben. Das ist eine andere Nuancierung als sie in einer gewissen Widersprüchlichkeit in unserem Programm von 2006 formuliert ist.“

Im zentralen Dokument des 21. Parteitages arbeitet die DKP heraus, dass der deutsche Imperialismus die EU zunehmend als Instrument für die Sicherung der eigenen Interessen nutzt: „Dem deutschen Imperialismus ist es gelungen, Deutschland bereits vor Ausbruch der Krise im Verhältnis zur hohen Produktivität zu einem Niedriglohnland zu machen. Dies wurde mit geringer Gegenwehr und unter weitgehender Einbindung der Gewerkschaften durchgesetzt. Das war die Voraussetzung, um unter Nutzung von EU und Euro vor allem die Länder der südlichen Peripherie der EU mit Hilfe der sogenannten Exportwalze auszupressen. Klasseninhalt und Zweckbestimmung von EU und Euro-Einführung treten immer offener zutage: Es ging und geht dem deutschen Imperialismus um nichts anderes als um die Schaffung eines abgesicherten grenzüberschreitenden Absatzmarktes mit einem Gürtel von industriell nachrangigen Volkswirtschaften.“

Im beschlossenen Leitantrag des 22. Parteitages von 2018 heißt es: „Das imperialistische und reaktionäre Konstrukt EU, das haben vor allem die arbeitenden Menschen in den schwächer entwickelten Peripheriestaaten der EU leidvoll erfahren, lässt sich weder auf irgendwelche fiktiv demokratischen und sozialen Ursprünge zurückführen noch in ein Instrument für eine soziale und progressive Politik verwandeln. In dieser Situation ist der Kampf gegen die Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten der Machtbefugnisse des EU-Ministerrats, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und informeller Gremien wie der Eurogruppe mit der Perspektive eines Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen.“

Kommunistische Parteien zur Europäischen Union

Eine Leseempfehlung der DKP-Broschüre „Einheit in der Vielfalt“

Damit beim Blick auf die politische Arbeit vor Ort der Überblick nicht leidet, empfiehlt sich ein Blick nach Europa, genauer: In die Dokumentation „Einheit in der Vielfalt“¹⁰, die die Internationale Kommission (IK) des Parteivorstands der DKP zwischen Dezember 2014 und Mai 2015 erarbeitet hat. In 19 Interviews mit Kommunistischen Parteien in Europa wurde über die Haltung zur EU und zur Mitarbeit in der Europäischen Linkspartei (ELP) gesprochen. Zwischen diesen Fragen gibt es zweifellos einen Zusammenhang, denn die Zielsetzung der ELP ist eine demokratischere, ökologischere und sozialere EU – ein Ziel, das voraussetzt, dass diese EU und ihre Institutionen überhaupt reformiert werden können.

Zunächst einige Fakten. Zum Zeitpunkt der Erstellung waren 13 Kommunistischen Parteien Europas Mitglieder der ELP oder hatten Beobachterstatus. Die DKP war 2005 bis 2016 beobachtendes Mitglied bei der ELP. Bis 2013 hatte die Parteiführung den Anspruch, sich in die Diskussionen der ELP einzubringen, die Partei bezog sich auch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die ELP. Mit dem 20. Parteitag 2013 richtete die DKP ihre Arbeit in der ELP an dem Anspruch aus, die Diskussionen dort zu beobachten und erstmals für die Mitglieder der DKP transparent zu machen. Ergebnis war unter anderem die vorliegende Broschüre.

Einigkeit zwischen den Parteien besteht in der Kritik des Kurses der EU, die dabei gesetzten Schwerpunkte sind aber genauso wie die Konsequenzen, die die Parteien in Bezug auf ihre Haltung zur EU ziehen, vielfältig.

Die KP Dänemarks (KPiD) spricht sich für einen vollständigen Austritt Dänemarks aus der EU aus. Ihre Haltung zur ELP umschreibt sie mit den Worten: „Wir glauben, wenn wir als Partei der ELP beitreten, würden wir unsere kommunistische Seele verlieren. Der Beitritt würde uns von unserem Ziel weiter entfernen statt uns ihm näher zu bringen – dem Sozialismus.“

Interessanterweise stellen nicht wenige KPen den Zusammenhang zwischen der EU und der NATO her, als einer imperialistischen Vereinigung für die Interessen des Kapitals. Finnland war während des Kalten Krieges ein weitgehend neutrales Land mit guten Beziehungen zur Sowjetunion. Nach dessen Ende wurde das Land jedoch von einer Wirtschaftskrise erfasst, und seine Eliten suchten die Westanbindung. Zunächst an die Europäische Gemeinschaft (EG), nun sucht man die Nähe zur NATO. „Mehr als 60 Prozent der Finnen sind gegen die NATO. Die bürgerlichen Kräfte werben für die NATO – aber wir brauchen eine unabhängige Außen- und Verteidigungspolitik, wir brauchen Frieden“, so die KP Finnlands (SKP).

Die drohende Kriegsgefahr, die von der NATO ausgeht und sich gegen Russland und China richtet, wurde in den Interviews ebenfalls ausdrücklich benannt, so etwa von der heute im Namen der historischen Italienischen KP (PCI) weiterbestehenden Partei der Italienischen Kommunisten (PCdI) und der Ungarischen Arbeiterpartei (UAP). Letztere hebt auch die Bedeutung dieser Frage hervor. So habe ein Mangel an Klarheit in dieser Frage seitens einiger Linker und Teilen der ELP dazu geführt, dass sie die imperialistische Aggression gegen Libyen und Syrien bis hin zur US-geführten NATO-Aggression in der Ukraine im Namen der Verteidigung der liberalen Demokratie unterstützten.

Neben der Friedensfrage spielte die Krise der EU, die damit einhergehende Abwälzung der Krisenlasten, insbesondere auf die Bevölkerungen der krisengeschüttelten südeuropäischen Länder, und die Einschränkung von deren nationaler Souveränität eine Rolle. Die griechische, italienische, zyprische, irische und portugiesische Bevölkerung litt zu diesem Zeitpunkt massiv unter dem Spardiktat der EU – ein Fakt, der sich bis heute wenig geändert hat. Die Austeritätspolitik zugunsten des Finanzkapitals griff die noch bestehenden Sozialsysteme und Arbeiterrechte an, führte zu Armut und ließ zum Beispiel in Griechenland die Gesundheitsversorgung auf das Niveau eines Entwicklungslandes absinken. Nun bewirkt die prekäre Lage noch keinen starken Widerstand gegen das kapitalistische System, so z. B. in Griechenland, ein Land, in dem die Kommunisten großen Respekt genießen, aber dennoch einen harten Kampf zur Desillusionierung gegen die bürgerliche Herrschaft betreiben müssen. Die griechische KP propagiert den gemeinsamen verstärkten internationalen Kampf gegen die EU und NATO. Ihr Ziel ist die Gestaltung einer zeitgemäßen revolutionären Strategie auf internationaler Ebene.

Die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP), die ihre Hauptaufgabe in der Verteidigung der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Nelkenrevolution von 1974 sieht, hat bereits den Eintritt Portugals in die Europäische Gemeinschaft (EG) im Jahr 1986 konsequent abgelehnt. „Der gemeinsame Markt, namentlich der freie Fluss von Waren und Kapital, hat für Portugal auf Grund seiner relativen Rückständigkeit nachteilige Aspekte für seine Entwicklung und neue Einschränkungen seiner Unabhängigkeit“ gebracht, schrieb sie in ihr Parteiprogramm. Der Eintritt in die EG habe neue Vorwände für die Beseitigung der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Nelkenrevolution von 1974 geliefert. Der Kurs der europäischen Integration im ökonomischen, politischen und militärischen Bereich drohe, Portugal „in einen randständigen Mitgliedsstaat zu verwandeln, dessen Politik in immer stärkerem Maße [...] von den reichen und starken Staaten sowie von transnationalen Konzernen“ bestimmt wird“.

Die KP Irlands (CPI) wiederum arbeitet am Klassenbewusstsein der aktiven Gewerkschafter. Klassenkampf findet statt unter den konkreten materiellen Bedingungen, unter denen die Menschen leben. Aus ihrer Sicht dienen die EU-Institutionen der Erhaltung der Macht des Kapitals über die Arbeit. Die Verträge seien Glieder der Kette zur Fesselung der Arbeitenden. Lösungen innerhalb dieser Strukturen, in dieser Zwangsjacke, seien nicht zu finden.

Aber nicht nur in der sog. Peripherie der EU, auch in deren Zentrum leisten die Kommunisten Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals. Die Partei der Arbeit Belgiens (PVDA/PTB)

gab zu Protokoll: „Die Regierung bereitet Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten vor – auf allen Ebenen. Sie will das Streikrecht einschränken, sie will den Arbeitsmarkt ‚flexibel‘ gestalten. Das ist eine europäische Politik [...]. Sie fördern unsichere und unterbezahlte Jobs, das führt nur zu noch mehr Druck, um Löhne und Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Und es ist kein Geheimnis, dass die neue belgische Rechtsregierung dabei Deutschland als Vorbild ansieht.“

Zusammenfassend lässt sich sagen: Obwohl sich inzwischen durchaus politische Veränderungen ergeben haben, hat sich die Gesamtsituation in der EU seit 2015 keineswegs grundlegend verändert, schon gar nicht im Interesse der Lohnabhängigen. Die Broschüre „Einheit in der Vielfalt“ gibt deshalb auch heute noch wichtige Informationen, um die Positionen der Kommunistischen Parteien zur EU einordnen zu können.

Anmerkungen

- 1 W.I.Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, LW 18, S. 578
- 2 G. Ledebour. Verhandlungen des Reichstags. XII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 266. Stenographische Berichte, Berlin 1911, S. 6142 f.
- 3 K. Kautsky, Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Maifeier, in: Die Neue Zeit (Stuttgart), 29. Jg. 1910/11, 2. Band, S. 105 f.- Zit. n.: R. Luxemburg. Friedensutopien, in: Leipziger Volkszeitung vom 6./8.5.1911, in Gesammelte Werke Bd. 2, S. 499
- 4 vgl. Abschnitt I: Europa-Strategien des deutschen Kapitals 1900–1945
- 5 Luxemburg, Rosa, 1911: Friedensutopien, in: Leipziger Volkszeitung vom 6./8.5.1911, in Gesammelte Werke Bd. 2, S. 498 ff.
- 6 W.I. Lenin: Über die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“, in: Werke Bd. 21, S. 343
- 7 Leo Trotzki: Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“. Prawda, Nr. 144, 30. Juni 1923
- 8 W.I. Lenin: Über die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“, a. a. O.
- 9 DPA-Meldung „Gysi distanziert sich von Linke-Wahlprogramm“, DIE ZEIT vom 03.01.2014
- 10 Unsere Zeit Dokumentation: „Einheit in der Vielfalt. Gespräche mit 19 Kommunistischen Parteien Europas zu wichtigen Fragen unserer Zeit“. Commpress Verlag, 2015

III. Rechte Parteien und Widerstand gegen die EU

Liberale Europa-Ideologien: Rechtfertigungen imperialistischer Politik

Europa – wenn dieses Wort in der Presse oder in einer Regierungserklärung vorkommt, dann ist damit nicht in erster Linie ein Kontinent gemeint. Europa ist kein wertneutraler geographischer, sondern ein ideologisch aufgeladener Begriff.

Lange Zeit wurde das westliche historisch-philosophische Denken von dem Modell G. W. F. Hegels beeinflusst, demzufolge der Ursprung der Philosophie in Griechenland zu finden ist, und deren Entwicklung ganz Europa, bis zu ihrer Vollendung in Deutschland, durchlaufen habe. Die Kulturen und Völker des Ostens sind in dieser Darstellung im Ursprung der Philosophie nicht eingeschlossen oder stehen sogar zu dieser im Gegensatz. Auf die Spitze getrieben rechtfertigte die Vorstellung eines solchen universellen geschichtlichen Prozesses, der seinen Höhepunkt in den europäischen Völkern findet, die Fremdherrschaft gegenüber anderen Völkern, in anderen Worten: Kolonialismus und Imperialismus.¹

Moderne Spielarten dieser Ideologie greifen auf dasselbe argumentative Grundmuster zurück. Als der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Europa Anfang der 1990er Jahre vom „Ende der Geschichte“ sprach, hatte auch er einen universellen Geschichtsprozess im Sinn, der notwendig zum Sieg der liberalen Demokratien über sog. totalitäre Systeme, also Faschismus und Sozialismus, führen würde. Das „Ende der Geschichte“ bezeichnet den endgültigen Sieg der bürgerlichen Demokratie und der freien Marktwirtschaft über ihre Feinde.²

Obwohl die Siegesgewissheit inzwischen einem Unbehagen und lauter werdenden Warnungen gewichen ist, bleibt die Grundannahme: Die liberale Demokratie des Westens müsse vor äußeren Feinden geschützt werden. Ralf Fücks, intellektueller Vordenker der Grünen und Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung, brachte das im Jahr 2017 auf den Punkt: „Vorbei die Zeit, als alle Welt auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft zu sein schien. Es ergibt keinen Sinn, Länder wie Russland, China oder den Iran als ‚Transformationsgesellschaften‘ zu bezeichnen, die sich auf welchen Umwegen auch immer dem westlichen Modell annähern. Sie sind autoritäre Systeme eigenen Typs, die mit wachsendem Selbstbewusstsein als Alternative zum Westen auftreten.“³ Ferner spitzt er zu: „Man kann durchaus sagen, dass Moskau heute das politische und kulturelle Zentrum einer antiliberalen Internationale ist.“⁴

Was hier ein einflussreiches Grünen-Parteimitglied formuliert hat, entspricht der offiziellen Regierungsmeinung. So erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 14. März 2018 aus Anlass der Ernennung des Bundeskabinetts im Schloss Bellevue: „Die liberalen

Dieser Abschnitt geht auf liberale Europa-Ideologien und die Pseudo-Kritik rechter Parteien an der EU ein. Außerdem gibt Robert Griffiths (Generalsekretär der KP Britanniens) in einem Interview Auskunft über die Klasseninteressen hinter den Kampagnen im Vorfeld des sog. Brexit-Referendums.

Arbeitsfragen:

1. Wenn offiziell von Europa gesprochen wird, ist meist die EU gemeint und nicht der geografische Bereich. Das schloss von Anfang an ganze Völker des europäischen Kontinents aus dem so definierten Europa aus. Wer wird ausgeschlossen? Welcher Zweck wird damit verfolgt?
2. Das hohe Ziel der liberalen EU-Befürworter besteht angeblich in die Abkehr vom Nationalismus. Wie definiert hingegen das „Kleine politische Wörterbuch“ diesen Begriff? Ist die Trennlinie zwischen liberalen EU-Befürwortern und nationalem Chauvinismus wirklich so scharf, wie diese behaupten?
3. Die AfD ist nur scheinbar ein Gegner von EU und NATO. Welchen Interessen dient sie? Wieso wird sie von Angehörigen der Arbeiterklasse gewählt?
4. In Großbritannien hat sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine weitere EU Mitgliedschaft ausgesprochen. Was waren die Gründe dafür?
5. Die Mehrheit der Großkapitalisten sah ihre Vorteile im Verbleib in der EU, aber auch in der Brexit-Kampagne spielten Kapitalisten eine große Rolle. Nenne die Klasseninteressen, die sie mit dem Brexit verfolgten.

Demokratien des Westens sind Anfechtungen ausgesetzt – äußeren wie inneren. Autoritäre Gegenmodelle treten sichtbar selbstbewusster auf. Ein Kampf ‚Jeder gegen Jeden‘ macht sich wieder in der Weltpolitik breit, ganz aktuell auch in der Handelspolitik. Und auch in Teilen Europas werden mit Abschottung, Nationalismus und Kompromisslosigkeit Wahlen gewonnen. Dieser Weg ist nicht unser Weg, weil wir ein demokratisches, weltoffenes, friedliches und wirtschaftlich erfolgreiches Land sind und bleiben wollen.“

Wer indes vermutet, hier würde vor nationaler Bevormundung, Chauvinismus und Großmachtdenken in Europa gewarnt, der irrt sich. Zum einen soll der Vorwurf der ‚autoritären Regimes‘, die die liberalen Demokratien angeblich bedrohen, Russland und China treffen. Er lässt sich somit nahtlos in das Säbelrasseln der NATO-Länder gegen ihre geopolitischen Konkurrenten einordnen.

Zum anderen liegt es am Verständnis des Wortes ‚Nationalismus‘. Nationalismus bezeichnet laut dem kleinen politischen Wörterbuch (DDR, 1978) das Bestreben der Bourgeoisie eines Landes, sowohl die eigene Nation als auch andere Nationen auszubeuten und zu unterdrücken. Ferner wird dort festgehalten: „Die Entwicklung der Nation ist im Imperialismus mit der reaktionären Politik der gewaltsamen Angliederung, Unterwerfung und Ausbeutung schwächerer Nationen verbunden. Im Zuge dieser Politik schafft das internationale Monopolkapital ‚supranationale‘ [...] Vereinigungen mit dem Ziel, die kapitalistischen Nationen rationeller auszubeuten.“ Supranationale Institutionen sind Zusammenschlüsse von Staaten, die ihre nationalen Souveränitätsrechte teilweise auf gemeinsame Institutionen übertragen haben, so wie die EU-Mitgliedsstaaten auf die EU-Institutionen. „Selbst hochentwickelte imperialistische Länder geraten dadurch in ökonomische und politische Abhängigkeit von noch stärkeren imperialistischen Konkurrenten und dem internationalen Finanzkapital.“⁵ Supranationale Institutionen wie die EU stehen also keineswegs im Gegensatz zu nationaler Unterdrückung. Nationalismus und nationaler Nihilismus sind zwei Seiten derselben Medaille. So kommt es, dass liberale Politiker zwar den Kampf gegen Nationalismus im Munde führen, sich aber zugleich gegen die demokratische Forderung nach Gleichberechtigung aller Nationen wenden.

Umgekehrt fällt es bürgerlichen Politikern leicht, Nationalismus und Chauvinismus europäisch einzukleiden. So schrieb der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im April 2017 in einem Gastbeitrag für die BILD-Zeitung unter dem vielsagenden Titel „Wir sind nicht Burka“ zum Thema deutsche Leitkultur: „Wir sind Teil des Westens. Kulturell, geistig und politisch. Die NATO schützt unsere Freiheit. Sie verbindet uns mit den USA, unserem wichtigsten außereuropäischen Freund und Partner. Als Deutsche sind wir immer auch Europäer. Deutsche Interessen sind oft am besten durch Europa zu vertreten und zu verwirklichen. Umgekehrt wird Europa ohne ein starkes Deutschland nicht gedeihen.“

Rechte Pseudo-Kritik an der EU

Die Europa-Positionen der „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Bereits vor ihrer Gründung im Frühling 2013 eilte der „Alternative für Deutschland“ (AfD) der Ruf der „Euro-Kritiker“ voraus. Dabei war die Euro-Kritik eher ein Anlass als die Ursache für das Zusammenfließen der in der neuen Partei vereinten politischen Kräfte. Die „Euro-Krise“ bot vielmehr eine Gelegenheit für eine – seit Beginn des Jahrzehnts vorbereitete – „deutsche Tea Party“, in die politische Arena einzutreten. Ihre „Euro-Kritik“ bot nun ein zuvor fehlendes Motiv einer Bindung unterschiedlicher – allerdings keinesfalls gegensätzlicher – Rechtsströmungen und wirkte zu Beginn integrierend, jedoch ohne den wahren programmatischen Kern der Partei auszumachen.

Zugleich ist es dieser Partei aber gelungen, nicht nur trotz, sondern auch wegen ihrer angeblichen „Europafeindlichkeit“ in der Arbeiterklasse und in den Mittelschichten Anhänger zu gewinnen. Denn die Frage der Haltung zur EU hängt mit der eigenen sozialen Lage zusammen: Je weiter unten man sich auf der sozialen Leiter des Monopolkapitalismus befindet,

umso negativer steht man zur EU. Sie wird als ein Elitenprojekt ohne sozialen Inhalt wahrgenommen und als ein Instrument, die Konkurrenz unter den Beschäftigten zu verschärfen.⁶

Dabei verfuhr die AfD zutiefst demagogisch. Im EU-Wahlkampf 2014 versuchte sie mit der griffigen Parole „Washington spioniert, Brüssel diktiert, Berlin pariert!“, die berechtigte Sorge der Bürger vor staatlicher Schnüffelei sowie den Frust über Eingriffe in die nationale Souveränität und die damit einhergehenden Protestpotentiale aufzugreifen. Die Parole, Berlin pariere gegenüber Brüssel, stellt jedoch die Verhältnisse im Staatenverbund EU völlig auf den Kopf, in dem die BRD ökonomisch dominiert und der politisch von der Achse Berlin – Paris geführt wird. Mit Schlagwörtern wie „EUdSSR“, die die AfD und ihr Umfeld nutzen, wird darüber hinaus nicht die real existierende EU angegriffen, sondern die Kritik an der Brüsseler Bürokratie antisozialistisch aufgeladen.

Überhaupt ist die Selbstinszenierung der Partei als EU-Kritikerin ein Verwirrspiel. So bekannte sich die AfD in ihren „Politischen Leitlinien“ aus dem Jahr 2014 „uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die Wertgrundlagen der europäischen Zivilisation dauerhaft erhält“.⁷ Die gleichzeitig von der AfD angestrebte Auflösung der Währungsunion in ihrer gegenwärtigen Form⁸ bettet sich ein in die Forderung nach einem „Europa des Wettbewerbs“⁹, eine Forderung, die den bereits bestehenden Wettbewerb der Nationalstaaten um die Gunst des Kapitals noch steigern möchte.

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die auf die EU bezogenen Aussagen der AfD alleine auf Demagogie zu reduzieren, der ihnen ohne Zweifel innewohnt. In ihnen ist auch ein programmatisches und strategisches Element enthalten: Eine mögliche Exit-Strategie der deutschen Monopolbourgeoisie aus der bestehenden EU. Zur Bundestagswahl 2013 forderte die damals vom Ökonomie-Professor Bernd Lucke, dem ehemaligen Industriellenchef Hans-Olaf Henkel, aber auch bereits von Alexander Gauland repräsentierte Partei die Abwendung vom „zentralisierten Europastaat“ und dieser „Transferunion“, seit jeher ein rotes Tuch für die deutsche Bourgeoisie: „Es ist letztlich die Furcht vor jeglichem „Transfer“ von oben nach unten, die dahintersteckt. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Eliten anderer Euro-Länder, die Lohn- und Sozialkosten auf Dauer niedrig zu halten, war in der deutschen Bourgeoisie stets gering.“¹⁰

In diesem Sinne wäre eine AfD, die die Westanbindung der BRD und die Mitgliedschaft in der NATO nicht in Frage stellt durchaus eine Alternative für die deutsche Monopolbourgeoisie. Denn wie bereits in Abschnitt I der Bildungszeitung zur Euro-Krise festgehalten wurde: Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Länder der Eurozone vertieft sich weiter, und auch die unterschiedlichen, in einzelnen Ländern stark, in anderen schwach entwickelten Klassenkämpfe wirken im Sinne einer Vertiefung der Widersprüche. Unter solchen Umständen artikuliert eine Partei wie die AfD „eine von mehreren möglichen Optionen, auf die Krise zu reagieren, die in der bundesdeutschen Bourgeoisie und Monopolbourgeoisie schon seit längerem diskutiert werden.“¹¹

Die KP Britanniens zum Brexit-Referendum

Interview der Bildungszeitungs-Redaktion mit Robert Griffiths, Generalsekretär der KP Britanniens (CPB) zum „Brexit“. Die CPB hat sich seit jeher gegen eine Union imperialistischer und kapitalistischer Staaten in Europa gewandt und hält die EU nicht für grundlegend „reformierbar“.

Im Sommer 2016 stimmten 17,4 Millionen britische Wähler bei einem Referendum dafür, die EU zu verlassen. Was hat dazu geführt?

Robert Griffiths: Das Ergebnis des Referendums spiegelt die weit verbreitete Besorgnis und Skepsis über die Ausrichtung der EU wieder. Vielen Menschen in Großbritannien wie auch in anderen EU-Mitgliedstaaten erscheinen die EU-Institutionen und ihre Führer als abgehoben und unflexibel, die keine Rücksicht auf die Interessen der normalen Leute nehmen.

2009 war den Wählern ein Referendum über den Lissaboner Verfassungsvertrag verweigert worden. Im Vorfeld des Referendums 2016 erlebten sie wie die EU-Regierungschefs jede Neuverhandlung der Mitgliedschaftsbedingungen mit dem Tory-Premierminister David Cameron ablehnten. Sie waren Zeugen der Strafmaßnahmen gegen die Menschen in Griechenland und der von EU-Kommission, EZB und IWF verhängten harten Sparpolitik und der umfassenden Privatisierungsmaßnahmen.

Die Abstimmung gegen die EU-Mitgliedschaft entsprang in erster Linie der Wut der arbeitenden Klasse und ihrer frustrierenden Erfahrung, dass die Regierung, die politischen Parteien und ihre Politiker sie in Sachen Arbeitsplätze, Bildung, Wohnraum, Öffentliche Dienstleistungen, Lebensstandard und allgemeine Lebensqualität nicht vertreten. Darüber hinaus machten sich die Menschen Sorgen um die Souveränität des Landes, um den Erhalt der Selbstbestimmung sowie die realen oder auch die bloß befürchteten Folgen massenhafter Einwanderung.

In deutschen Leitmedien wurde UKIP, die rechtsnationalistische Independence Party als Träger der „Brexit“- bzw. Leave-Bewegung ausgemacht ...

Robert Griffiths: Der vermeintliche Masseneinfluss von UKIP ist ein Mythos, der von den Massenmedien und sogenannten Linken bewusst verbreitet wurde, um die EU-Gegner insgesamt zu diskreditieren. Die UKIP hat bei Wahlen nie mehr als 4 Millionen Stimmen bekommen. Von den 17,4 Millionen Leave-Wählern stammten mindestens 6 Millionen von Anhängern der Labour-Partei, der Grünen, der linksliberalen Scottish National Party und der walisischen Partei. Hinzu kamen mehr als 1 Million Nichtwähler.

Allerdings konnten rechte Tory- und UKIP-Politiker die Leave-Kampagnen dominieren. Sie wurden dabei von einer kleinen Anzahl einflussreicher Zeitungsbesitzer und einer ebenso geringen Anzahl vermögender Industrieunternehmer und Finanzkapitalisten unterstützt. Die Abwesenheit von Gewerkschaftern und fortschrittlichen Labour-Abgeordneten mit einer klaren Haltung zum EU-Austritt in der Öffentlichkeit führte zusätzlich dazu, dass die Debatte von neoliberalen, britisch-nationalistischen Argumenten und denen von Migrationsgegnern dominiert werden konnte.

Welche Kräfte bestimmten die Remain-Kampagne, also die Kampagne gegen den „Brexit“?

Robert Griffiths Die wichtigste Remain-Kampagne wurde von großen Unternehmen finanziert und von rechten und mitte-rechtsgerichteten Abgeordneten der Konservativen und Liberaldemokraten angeführt. Sie wurde sowohl von linksgerichteten als auch von rechtsgerichteten Labour-Abgeordneten unterstützt. Sie haben die vermeintlichen Vorteile des EU-Binnenmarktes, der internationalen Zusammenarbeit und der Aufrechterhaltung des Einflusses Großbritanniens als einer der führenden EU-Mächte hervorgehoben.

Labour Party, Grüne sowie die schottischen und walisischen Parteien führten ihre Remain-Kampagne mit ähnlichen Argumenten, legten den Akzent allerdings stärker auf die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit, den Frieden und damit verbundenen Vorteilen, die eine „reformierte“ EU sichern könne.

Der Großteil des britischen Monopolkapitals setzte sich für den Verbleib in der EU ein, darunter der Unternehmensverband und das noch rechtere „Institute of Directors“, eine Organisation von Großunternehmern, die beinahe jedes große Monopol in Großbritannien vertritt. Die führenden Vertreter der Bank of England und die wichtigsten Investmentbanken wie Goldman Sachs, JP Morgan, Morgan Stanley und Citigroup waren dabei. Die Kapitalistenklasse wusste genau, in wessen Interesse die britische Mitgliedschaft in der EU liegt – in ihrem und nicht in dem der Arbeiter und ihrer Familien.

Können Sie die Klasseninteressen der bürgerlichen Teile beider Kampagnen beschreiben?

Robert Griffiths: Die großen Unternehmen haben verstanden, wie die gemeinsamen Interessen des Monopolkapitals in Europa von der EU-Mitgliedschaft bedient werden. Den EU-Verträgen

zufolge sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet, im Rahmen eines europäischen Wirtschafts- und Finanzrahmens eine „äußerst wettbewerbsfähige offene Marktwirtschaft“ zu betreiben, das heißt freier Kapital- und Geschäftsverkehr, offene Märkte, billige Arbeitsmigranten. Pro-EU-Kapitalisten und ihren Politikern in allen großen Parteien garantieren die EU-Verträge damit ein dauerhaft auf die Wirtschaft ausgerichtetes, antisozialistisches Modell des Kapitalismus – unabhängig davon, welche Regierung in Großbritannien gewählt wird und mit welchem Programm sie antritt.

Die Anti-EU-Minderheit von Kapitalisten und ihre Politiker hingegen wollen die Aufhebung sozialer Mindeststandards des Sozial- und Umweltschutzes. Zwar sind die britischen Sozialgesetze in vielen Bereichen umfangreicher und großzügiger als alles, was die EU anbietet. Das gilt in Bezug auf die Anerkennung der Gewerkschaften, das Streikrecht, gesetzliche Mindestlöhne, Mutterschaftsurlaub und für Regelungen zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Die rechten EU-Gegner und ihre Unterstützer aus der Wirtschaft wollen diese Errungenschaften abbauen und die Standards sogar noch unter das im EU-Recht garantierte niedrige Niveau herabsetzen. Dazu spielen sie auch die nationalistische, rassistische und migrantenfeindliche Karte, um die Stimmen der Arbeiterklasse von Labour und UKIP zu gewinnen.

Aber auch rechte EU-Befürworter haben in der Vergangenheit diese rassistische Karte gespielt, was sogenannte linke EU-Befürworter wiederum unter den Tisch gekehrt haben.

Konnten Gewerkschafter, Sozialisten und Kommunisten politisch von der Kampagne und dem Sieg der EU-Gegner profitieren?

Robert Griffiths: Die unmittelbare Konsequenz des EU-Referendums war die Orientierungslosigkeit der herrschenden Klasse. Außerdem begann – entgegen aller Warnungen der linken EU-Befürworter – der Zerfall von UKIP. In dieser Situation hätten die Arbeiterbewegung und die Linke große und rasche Fortschritte erzielen können, sogar müssen. Das ist nicht passiert.

Während Gewerkschaften und Linke in der Labour Party in den 70er und frühen 80er Jahren die Anti-EU-Bewegung in Großbritannien anführten, hatten sie es in der Referendumskampagne versäumt, die Mehrheitsmeinung der Arbeiterklasse zu vertreten. Nur die Kommunistische Partei, einige Labour-Mitglieder, kleinere linke Parteien, die Transportarbeiter- und die Lokführergewerkschaft, die Gewerkschaft der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter und die Indian Workers Association sprachen sich für den Austritt aus. Die Left-Leave-Kampagne („Lexit“) wurde jedoch sowohl von den Pro-EU- als auch von den rechten Anti-EU-Medien weitgehend ignoriert.

Der EU-Kritiker und Labour-Chef Jeremy Corbyn hatte am Morgen nach dem Referendum dazu aufgerufen, das Ergebnis zu respektieren und nach Artikel 50 des EU-Vertrages umzusetzen. Die britische Regierung sollte unverzüglich den Austritt aus der EU erklären. Wäre Corbyn in der Lage gewesen, sich weiter konsequent für den Austritt einzusetzen, hätte er sich in einer einzigartigen Position befunden: Er hätte als einziger Vorsitzender einer großen Partei die Mehrheitsentscheidung des Volkes vertreten. Das verhinderte seine Partei. Sofort begannen EU-Abgeordnete und rechtsgerichtete Labour-Abgeordnete ihn zu demontieren. Drei Tage nach dem Referendum initiierten sie ein Misstrauensvotum gegen Corbyn. In einer Zeit, in der sich die herrschende Klasse und die Tories in einem Zustand der Verwirrung befanden und die UKIP auseinanderfiel, zwangen ihm rechte Labour-Abgeordnete einen spalterischen Kampf um die Parteiführung auf. Die Kampagne gegen Corbyn dauert bis heute an.

Weit davon entfernt, das Referendum zu respektieren, haben Teile der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung ihre Pro-EU-Kampagne fortgesetzt. Sie verbreiten Untergangsstimmung und schüren Ängste, indem sie behaupten, dass Millionen von Beschäftigten außerhalb der EU unweigerlich ihre Arbeitsplätze, Renten und Beschäftigtenrechte verlieren würden.

Stimmt die Beobachtung, dass ein entscheidender Prozentsatz der Leave-Wähler von Links stammte?

Robert Griffiths: Es besteht kein Zweifel, dass die herrschende Klasse ohne die linken Anti-EU-Stimmen das Referendum gewonnen hätte. Der Stimmenvorsprung wäre allerdings

deutlich größer gewesen, wenn Corbyn und andere linke Labour-Politiker die Freiheit gehabt hätten, sich konsequent für die Leave-Kampagne einzusetzen. Ebenso wenn die Gewerkschaftsführungen eine freie und ausgewogene Debatte zwischen den „Brexit“-Gegnern und – Befürwortern organisiert hätten. Stattdessen gab es einseitige Veranstaltungen bei denen, die üblichen Anti-Brexit-Ängste geschürt wurden. Dort, wo „Lexit“-Redner auf Gewerkschaftsversammlungen auftreten durften, bekamen ihre demokratischen und internationalistischen Argumente gegen die EU schnell Gehör und Zustimmung.

Detaillierte Umfragen haben ergeben, dass für 50 Prozent der Leave-Wähler die Wiederherstellung der vollen demokratischen Souveränität des Landes in britischen Angelegenheiten ausschlaggebend für ihre Entscheidung war. Für viele war die Stimmabgabe sicherlich auch ein Protest gegen die Sparpolitik der Regierung. Etwa ein Drittel aller Leave-Wähler nannte die Einwanderung als Hauptgrund für ihre Ablehnung der EU-Mitgliedschaft. Hier kam vor allem die berechtigte Sorge zum Ausdruck, dass Wanderarbeiter aus Osteuropa den Druck auf öffentliche Dienstleistungen und Sozialleistungen verstärken und von Unternehmern ausgenutzt werden, um Löhne zu senken und Rechte der Beschäftigten abzubauen. Anstatt auf die Bedenken der Menschen einzugehen, wurden die 17,4 Millionen Leave-Wähler von großen Teilen der Anti-Brexit-Bewegung als Ungebildete, Anhänger des Proletkultes und Rassisten, die nicht verstanden hätten, wofür sie gestimmt haben, abgestempelt.

Zweieinhalb Jahre nach dem Referendum arbeiten Premierministerin Theresa May und ihre Beratergruppe aus Großunternehmen an einem Deal mit der EU, am falschen Brexit, der Großbritannien weiter an den EU-Binnenmarkt und die Regularien im Interesse des Großkapitals binden würde. Es zeichnet sich ab, dass die gemeinsamen Interessen des britischen, deutschen und französischen Monopolkapitals stark genug sind, um eine Einigung vor dem Austritt Großbritanniens am 29. März 2019 wahrscheinlich zu machen.

Anmerkungen

- 1 Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hgb.: Hans J. Sandkühler, Hamburg, 1970. Eintrag: Europa
- 2 Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, 1992
- 3 Fücks, Ralf: Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen (German Edition) (S.25). Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG. Kindle-Version
- 4 Adler, Sabine: To-Do-Liste gegen Populismus, Deutschlandfunk am 13.03.2017
- 5 Kleines politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin (DDR), 1978, Eintrag: Nation
- 6 Friedrich-Ebert-Stiftung – Abteilung Internationaler Dialog (Hrsg.): EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?, Berlin 2016, S. 9 f.
- 7 Zitiert nach Kleinert, Hubert: Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände, Wiesbaden: Springer VS 2018, S. 35
- 8 Vgl. Bebnowski, David: Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden: Springer VS 2015, S. 12.
- 9 Zitiert nach ebenda, S. 13
- 10 Landefeld, Beate: Die EU-Krise schwelt weiter. Marxistische Blätter, 4-2011
- 11 Landefeld, Beate: AfD – CDU/CSU-Partnerin in Reserve?, 26. September 2013, online unter: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2013/09/afd-cducsu-partnerin-in-reserve>

Impressum

Herausgeber: DKP-Parteivorstand, Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen
pv@dkp.de, news.dkp.de ViSdP: Hans-Peter Brenner

Die Inhalte dieser Bildungszeitung wurden von der Kommission für Bildung und Ideologie beim Parteivorstand der DKP erarbeitet. Redaktion: Hans-Peter Brenner, Pablo Graubner, Michaela Sohn. Weitere Autoren: Kurt Baumann, Reiner Kotulla. Die Kommission dankt darüber hinaus für die Mithilfe: Phillip Becher (Abschnitt III: Rechte Pseudo-Kritik an der EU), Günter Pohl (Abschnitt II: Kommunistische Parteien zur Europäischen Union, Abschnitt III: Die KP Britanniens zum Brexit-Referendum), Wera Richter (Abschnitt II: Die EU überwinden, Abschnitt III: Die KP Britanniens zum Brexit-Referendum), Robert Griffiths (KP Britannien)